

Haushaltssatzung
der Gemeinde Rosendahl
für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der derzeit gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Rosendahl mit Beschluss vom (Datum) folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	22.490.830 €
----------------------------------	--------------

dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	24.900.465 €
---------------------------------------	--------------

nachrichtlich:

Ergebnissaldo	-2.409.635 €
---------------	--------------

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	19.990.725 €
--	--------------

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	22.431.555 €
--	--------------

nachrichtlich:

Finanzsaldo lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.440.830 €
---------------------------------------	--------------

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	4.022.460 €
--	-------------

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	5.572.030 €
--	-------------

nachrichtlich:

Einzahlungen Investitionstätigkeit	3.985.565 €	
Auszahlungen Investitionstätigkeit	5.202.905 €	-1.217.340 €

Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	36.895 €	
Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	369.125 €	-332.230 €

festgesetzt.

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen werden nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf 2.448.600,00 € festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf 2.409.635 € festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2.000.000 € festgesetzt.

§ 6

Wegen der späten Einbringung des NKF-Haushaltes hat die Gemeinde Rosendahl mit Datum vom 15.12.2016 eine Hebesatzsatzung zur Festsetzung der Realsteuerhebesätze erlassen. Die folgenden Festsetzungen haben daher nur deklaratorische Bedeutung.

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2017 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- | | |
|--|----------|
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 270 v.H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 510 v.H. |

- | | |
|------------------|----------|
| 2. Gewerbesteuer | 465 v.H. |
|------------------|----------|

§ 7

1. Innerhalb der Produkte des Ergebnisplanes berechtigen Mehrerträge und Minderaufwendungen bei einzelnen Haushaltspositionen zu Mehraufwendungen bei anderen Haushaltspositionen. Ausgenommen hiervon sind die Haushaltspositionen „Personalaufwendungen“, „Versorgungsaufwendungen“, „Bilanzielle Abschreibungen“ und die Erträge bzw. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen.

Minderaufwendungen bei den Personalaufwendungen in einzelnen Produkten berechtigen zu Mehraufwendungen in anderen Produkten. Der Gesamtansatz der Personalaufwendungen im Ergebnisplan darf nicht überschritten werden.

2. Innerhalb der Produkte des Finanzplanes berechtigen Mehreinzahlungen und Minderminder-
derauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit bei einzelnen Haushaltspositionen zu
Mehrauszahlungen bei anderen Haushaltspositionen. Ausgenommen hiervon sind die
Haushaltspositionen „Personalauszahlungen“ und „Versorgungsauszahlungen“.

Minderauszahlungen bei den Personalauszahlungen in einzelnen Produkten berechtigen zu
Mehrauszahlungen in anderen Produkten. Der Gesamtansatz der Personalauszahlungen
im Finanzplan darf nicht überschritten werden.

§ 8

Die vorherige Zustimmung des Rates zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Auf-
wendungen und Auszahlungen gem. § 83 Abs. 1 GO NW ist nicht erforderlich und sie gel-
ten als unerheblich, wenn sie je Haushaltsposition innerhalb der einzelnen Produkte 10.000
€ nicht übersteigen und entsprechende Deckungen durch Mehrerträge/Mehreinzahlungen
bzw. Minderaufwendungen/Minderauszahlungen vorhanden sind.

Die Beschränkung gilt nicht für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszah-
lungen, die aufgrund gesetzlicher, tariflicher oder bereits bestehender vertraglicher Ver-
pflichtung entstehen, die sich auf inneren Verrechnungsverkehr beziehen oder deren De-
ckung durch die Erstattung anderer Kostenträger oder aufgrund des § 7 gewährleistet ist.

§ 9

Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig wegfallend (kw)“ angebracht ist, darf diese frei
werdende Stelle nicht wieder besetzt werden.

Soweit im Stellenplan der Vermerk „künftig umzuwandeln (ku)“ angebracht ist, ist diese frei
werdende Stelle dieser Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe in eine Stelle der niedrigeren Be-
soldungs- bzw. Entgeltgruppe oder in eine Stelle für tariflich Beschäftigte umzuwandeln.